



Jeronim Perovic mit seiner Irish-Setter-Hündin Georgiana.

Fotos: Peter Pfister

«Ich sage jetzt etwas Heikles»

SPAZIERGANG Der Schaffhauser Russland-Experte über die Fehler der Ukraine, über seine Informationsquellen und über Würgegriffe. Ein ausuferndes Gespräch.

Interview: Luca Miozzari

Jeronim Perovic kann bei weitem nicht alle Interviewanfragen annehmen, die er zurzeit erhält. Der Professor für Osteuropäische Geschichte und Leiter des Center for Eastern European Studies an der Universität Zürich erklärt der Schweiz den Krieg, den Russland der Ukraine erklärt hat. Im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen.

Und uns, bei einem Kaffee am Lindli, wo der Schaffhauser täglich seine Hündin Gassi führt. Weil gerade Semesterferien sind, findet er auch Zeit für ganz grundsätzliche Fragen.

AZ Herr Perovic, 2018 sagten sie zum Tagesanzeiger: «Ich glaube, Putins Sieg [seine gewonnene Wahl] ist auch eine Chance für eine Entspannung.» Putin habe Rückhalt in der Bevölkerung und könne es sich leisten, auf den Westen zuzugehen. Wieso hat diese Entspannung nicht stattgefunden?

Jeronim Perovic Putin war ja nicht an schlechten Beziehungen zum Westen interessiert. Nur war 2018 das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland wegen der Krim, dem Donbas und den westlichen Sanktionen noch immer stark belastet. Die Lösung der Ukrainekrise hätte zuoberst auf die Agenda gesetzt werden müssen. Vielleicht hätten wir diesen schrecklichen Krieg, wie wir ihn jetzt haben, dann abwenden können.

Wer hätte das angehen müssen?

Alle Parteien. Doch vor allem Europa hat die Lösung des Problems vor sich hergeschoben. Die Sanktionen waren ja eher symbolisch, eine wirkliche Strategie liess sich nicht erkennen. Europa hätte sein ganzes wirtschaftliches und politisches Gewicht in den Verhandlungen mit Russland, aber auch gegenüber der Ukraine, in die Waagschale werfen müssen. Russland ist ja enorm abhängig vom Westen und seine Exportstruktur wenig diversifiziert. Es besteht erst eine einzige Gaspipeline nach China, die restlichen führen nach Europa. Natürlich, Putin ist ein skrupelloser Machtpolitiker, aber man hat ihn viel zu sanft behandelt und die

Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Stattdessen hat sich Deutschland zusammen mit Gazprom (russischer Gaskonzern, mehrheitlich in staatlicher Hand, Anm. d. Red.) 2015 darangebracht, eine zweite Pipeline durch die Ostsee zu bauen. Dagegen blieb die Ukrainekrise ungelöst und der Westen, auch die Medien, haben das Problem zunehmend verdrängt.

Zur Ukraine kommen wir später, bleiben wir zuerst noch in Russland. Ich zitiere wiederum aus einem Interview mit Ihnen: «Ich glaube nicht, dass irgendein Umbruch in Russland von der Gesellschaft aus kommt.» Kann dieses Land mit seinen zentralistischen Strukturen und dem fast allmächtigen Präsidentenamt überhaupt jemals friedlich werden?

Es hätte verschiedene Entwicklungspfade gegeben. In den 1990er-Jahren, als ich etwa zwei Jahre in Russland lebte, gab es grosse soziale Probleme, aber auch eine positive gesellschaftliche Dynamik. Der Ölpreis war tief, der russische Staat konnte nicht einfach Renditen aus dem Exportgeschäft abschöpfen. Die Russen mussten notgedrungen nach kreativen Lösungen suchen, sie orientierten sich am Westen, und viele zeigten sich innovativ und geschäftstüchtig. Deshalb glaube ich, dass ein anderer Weg möglich gewesen wäre, wenn der Staat sich bemüht hätte, die entsprechenden Strukturen und vor allem den gesetzlichen Rahmen

«Es ist eine Mehrheit, die Putin unterstützt, und die Unterstützung ist genuin.»

zu schaffen, damit sich die Gesellschaft hätte frei entfalten können. Für eine Konsolidierung demokratischer Institutionen hätte es mehr Zeit gebraucht. Der Staat unter Putin ging aber einen anderen Weg, er verstand sich als lenkende Kraft und ging daran, die Gesellschaft wieder

stärker zu kontrollieren, wie früher die kommunistische Partei in der Sowjetunion.

Oder noch früher der Zar.

Genau. Putin hat gesagt, Russland brauche eine starke Führung, um Chaos und Zerfall zu verhindern. Und es gab Zerfallserscheinungen. Tschetschenien hatte sich unabhängig erklärt, es herrschte grosse soziale Not und Rechtsunsicherheit. Der Staat musste tatsächlich wieder

«Der russische Staat hat richtiggehend Angst vor der Gesellschaft.»

eine Führungsrolle übernehmen, das stimmt. Aber dass er dann für sich in Anspruch genommen hat, der Gesellschaft Freiräume wegzunehmen, das wäre nicht nötig gewesen. Nun hat die staatliche Repression in den letzten 15 Jahren enorm zugenommen. Der Staat hat richtiggehend Angst vor der Gesellschaft.

Und die Gesellschaft Angst vor dem Staat.

Ja richtig, aber sie hat auch Angst vor Umbrüchen und Revolutionen, denn die sind immer schlecht ausgegangen für grosse Teile der Bevölkerung, sei es 1917, als auf die Revolution der Bürgerkrieg folgte, oder 1991, als viele in Armut versanken. Das heisst, es wird viel brauchen, bis die Menschen auf die Strasse gehen und einen Umsturz fordern. Das ist aber nur ein Aspekt. Dazu kommt natürlich die massive Angst. Wer nur schon das Wort «Krieg» verwendet, kommt für 15 Jahre ins Gefängnis. Das dritte, das es zu beachten gilt: Die staatliche Propaganda, die seit Jahren betrieben wird, ist in der Gesellschaft angekommen. Es gibt tatsächlich eine Unterstützung fürs Regime. Ich weiss nicht, wie gross sie ist, aber ich würde sagen, es ist eine Mehrheit, die Putin unterstützt, und die Unterstützung ist genuin. Hinzu kommt ein psychologischer Aspekt: Es ist für jemanden, der 20 Jahre lang Putin unterstützt hat, nicht einfach, sich gegen das Regime zu wenden. Denn dann müsste er sich eingestehen, dass das alles eine Lüge war, und würde sich letztlich selbst infrage stellen. Zudem würde eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Geschehnissen in der Ukraine bedeuten, selbst aktiv zu werden. Und davor scheuen die meisten zurück.



Tägliches Ritual: Ein Kaffee beim Crêpe-Stand am Lindli.

Gibt es keinen Weg zurück in diesen Innovationsgeist der 90er-Jahre? Sie haben gerade dargelegt, wieso der Umsturz nicht aus der Gesellschaft kommen kann. Das heisst, er müsste von aussen kommen?

Eher nicht von aussen, sondern von den Eliten. Das Problem ist aber, dass viele von denen mit dem Regime verflochten und untereinander nicht organisiert sind. Voraussetzung wäre eine massive Unzufriedenheit. Es könnte zum Beispiel sein, dass die Armeeführung unzufrieden mit dem Kriegsverlauf ist und putscht. Aber was passiert dann? Gibt es eine Militärdiktatur? Und würde die Armee den Krieg gegen die Ukraine stoppen oder eher noch intensivieren? Da sind so viele Fragezeichen. Die Situation ist eine andere als in der Endphase der Sowjetunion: Damals herrschte eine grosse, für alle sichtbare Krise und niemand hat mehr an die kommunistische Ideologie oder die Mär von der Völkerfreundschaft geglaubt. Zudem sprach sich Gorbatschow (letzter Präsident der Sowjetunion, verstorben am vergan-

genen Dienstag, Anm. d. Red.) gegen Gewalt aus. Jetzt haben wir einen hochmilitarisierten Staat, der vor massiver Repression und Gewalt nicht zurückschreckt. Ich glaube, ein Umsturz wäre jetzt hochriskant und könnte das Land in einen Bürgerkrieg stürzen. Und das wäre wohl noch gefährlicher als das, was wir jetzt haben. Wir sollten uns lieber Stabilität wünschen in Russland.

Sie gelten als einer der kompetentesten Russlandverstehender der Schweiz. Das bringt auch eine Verpflichtung mit sich, oder?

Klar, wenn so etwas passiert, können meine Kolleginnen und ich uns nicht einfach in unseren Elfenbeinturm verkriechen. Ich halte es für richtig und wichtig, dass Experten sich auch öffentlich äussern, wenn sie meinen, etwas zur Diskussion beitragen zu können. Das war auch während der Pandemie der Fall. Schliesslich ist es zwar die Politik, die Entscheidungen trifft, aber die Expertise und Hintergrundanalyse halte ich für wichtig.

Beraten Sie auch staatliche Organe?

Ich habe kein offizielles Mandat, aber informell, ja.

Wie und wo informieren Sie sich über den Kriegsverlauf?

Über ganz verschiedene Kanäle. Radio Free Europe/Radio Liberty finde ich gut, die berichten seit Jahren auch auf Russisch und Ukrainisch und haben ein weit verzweigtes Netzwerk an Korrespondenten vor Ort. Ich sehe mir auch russisches Staatsfernsehen an, was mittlerweile schwer zu verdauen ist. Aber 70 bis 80 Prozent der russischen Bevölkerung informieren sich über das Fernsehen, deshalb ist das relevant. Dann schaue ich mir unabhängige russische Medien an, die im Ausland produziert werden, wie Nowaja Gazeta oder Doschd. Natürlich verfolge ich auch ukrainische Medien, wobei man da aufpassen muss, denn die Medienfreiheit ist auch in der Ukraine aufgrund des Krieges mittlerweile stark eingeschränkt. Und schliesslich informiere

ich mich natürlich auch über informelle Kanäle.

Das heisst?

Ich habe über die Jahre viele Beziehungen zu Forschenden aus Osteuropa aufgebaut. An der Universität haben wir ein Fellowship-Programm, wo wir rund zehn Wissenschaftler pro Jahr aus Osteuropa zu uns einladen. Das soll einen geschützten Rahmen schaffen, wo man sich kritisch austauschen kann, zum Beispiel eine Abchasierin mit einem Georgier, eine Armenierin mit einem Aserbaidschaner und nun auch Russinnen mit Ukrainern. Allerdings ist der Austausch mit Russland derzeit sehr schwierig, weil die russischen Hochschulen ihre Leute nicht mehr aus dem Land lassen oder ihnen drohen, sie würden ihren Job verlieren, wenn sie zu uns kommen. Viele Kooperationen werden eingestellt, weil europäische Universitäten von den russischen Hochschulen verlangen, dass deren Leitungen den Krieg offiziell verurteilen. Und das können die nicht. Ich fände es wichtig, dass wir weiterhin den Austausch mit russischen Forschenden zu pflegen versuchen, aber nur schon das Reisen ist schwierig. Direktflüge gibt es nicht mehr. Es ist schlimmer als im Kalten Krieg, die Menschen sind zunehmend isoliert.

«Wenn so etwas passiert, kann ich mich nicht einfach in meinem Elfenbeinturm verkriechen.»

Wann waren Sie das letzte Mal in der Ukraine?

Ich war mehrfach dort, zuletzt um das Jahr 2009 auf der Krim, bevor sie annektiert wurde. Die Krim schien mir damals weder wirklich russisch noch ukrainisch, sie machte den Eindruck, als sei sie in der Sowjetzeit verharret. Russische und ukrainische Soldaten, die zusammen in den Ausgang gehen, Pensionäre, die in Sewastopol zu sowjetischen Liedern am Meer ihre Morgenübungen machen, die ganzen historischen Denkmäler, welche an die zahlreichen Schlachten der Vergangenheit erinnern. Das Zusammenleben der Menschen war nie ein Problem, die Politik hat die Probleme geschaffen. Jetzt ist die Situation jedoch eine ganz andere. Dieser Krieg schafft Abgründe zwischen den Völkern, die vormals eng verbunden waren, und es wird eine bis zwei Generationen brauchen, damit

die Narben verheilen. Daran trägt Putin die Schuld.

Sie haben immer gesagt, die Blockfreiheit sei die beste Lösung für die Ukraine. Gibt es keinen Weg dorthin zurück?

Die Ukraine war gut aufgehoben als Grenzland zwischen West und Ost, die Menschen waren sich multiple Identitäten gewohnt. Russisch, ukrainisch oder beides, das spielte keine grosse Rolle. Vor dem Hintergrund der russischen Aggression mussten sich die Ukrainer für eine Identität entscheiden, weil die von aussen infrage gestellt wurde. So funktionieren Identitäten. Wenn ich Ihnen aus heiterem Himmel die Frage stelle, wer Sie sind, schauen Sie mich nur verblüfft an. Aber wenn ich Sie in den Würgegriff nehme, dann werden Sie mir schon zeigen, wer Sie sind. Die Ukraine hätte einfach nie in die Situation kommen dürfen, dass sie sich zwischen Ost und West entscheiden muss. Aber jetzt ist die Entscheidung getroffen. Die Ukraine ist kein Grenzland mehr, sie sieht sich fest im Westen und in Europa verankert.

Wie hätte man diesen Würgegriff vermeiden können?

Ich sage jetzt vielleicht etwas Heikles. Russland ist der Aggressor, das ist klar. Aber Selenskyj schien mir angesichts der russischen Bedrohung schlecht beraten. Er selbst ist ja ein russischsprachiger Ukrainer und wäre wohl bereit gewesen, eine Einigung mit Russland in der Frage des Donbas zu erzielen. Auch schien er der Idee der Blockfreiheit nicht grundsätzlich abgeneigt gewesen zu sein. Die Mehrheit der Ukrainer war ja bis vor Kurzem gar nicht für einen Beitritt ihres Landes zur NATO. Es hätte Lösungen gegeben, die zwar für die Ukraine nicht optimal gewesen wären, aber es hätte ihr mehr Zeit gegeben für die Konsolidierung ihrer Nation und die Stärkung der Armee. Wenn Sie so einen schwierigen Nachbar wie Russland haben, der über Monate Militärübungen mit über 120 000 Mann direkt an der Grenze durchführt, und Sie als Präsident der Ukraine an der Münchner Sicherheitskonferenz trotzdem von Atomwaffen und NATO-Beitritt sprechen, dann spielen Sie Ihrem Gegner in die Hände. Das ist keine kluge Politik. Die Ukraine hat jedes Recht, sich zu verteidigen, und ich bin froh, dass sie sich so erfolgreich zur Wehr setzt. Aber mit guter Politik und Kompromissen hätte sich dieser Krieg verhindern oder vielleicht mindestens hinauszögern lassen.

Ihr Center for Eastern European Studies wurde als Reaktion auf die Annexion der Krim geschaffen, der aktuelle Krieg hat ihren

Bekanntheitsgrad massiv erhöht. Ihre Karriere ist also eng mit der von Putin verknüpft. Stört Sie das?

Ja, das stört mich. In den 1990er-Jahren, als in Russland demokratische Aufbruchstimmung herrschte, hat das Interesse im Westen massiv abgenommen. Osteuropa-Lehrstühle wurden abgeschafft, die Studierendenzahlen gingen zurück. Man sprach vom «Ende der Geschichte» und dachte, Russland würde sich zu einem Land wie jedes andere entwickeln. Erst als Putin in Tschetschenien, Georgien und der Ukraine einmarschiert ist, als die Repression im Innern zunahm und Russland wieder als «Feind» wahrgenommen wurde, hat das Interesse wieder zugenommen. Aber man muss das auch als Chance sehen. Im Osten Europas ist seit 30 Jahren immer viel los, und das wird so bleiben. Jetzt schauen alle in die Ukraine, aber die nächsten Konflikte werden kommen, im Kaukasus oder in Zentralasien. Wir müssen uns somit auch mit Regionen befassen, die derzeit nicht für negative Schlagzeilen in den Medien sorgen. Sonst hinken wir den Entwicklungen immer hinterher. Wissenschaft sollte sich ohnehin nicht zu stark an politischen Konjunkturen orientieren, sonst wird sie in ihrer Freiheit eingeschränkt.

«Selenskyj schien mir schlecht beraten.»

In diesem Herbstsemester halten Sie eine Vorlesung zum Jugoslawien-Konflikt. Noch ein Krieg. Sehnen Sie sich nicht manchmal nach friedlicheren Themen? Sie haben ja auch russische Literatur studiert.

Das ist ein falscher Eindruck. Viel mehr als die Konflikte beschäftigt mich, wieso es so lange Phasen des Friedens gab. Beim Stichwort Jugoslawien denken wir immer an die Kriege der 1990er-Jahre. Für mich ist die spannendste Phase aber um 1918, als der Staat erstmals gegründet wurde. Wieso haben es die verschiedenen Völker Jugoslawiens, trotz teils gegensätzlichen Vorstellungen, für das Beste gehalten, sich in einem Staat zusammenzuschliessen? Die Geschichte danach war reich an Spannungen, und im Zweiten Weltkrieg fiel das Land auseinander. Trotz schlimmen ethnischen Konflikten hat man es nochmals versucht, im Rahmen des neuen sozialistischen Jugoslawiens. Unter Tito hat das mehr oder wenig gut funktioniert, und auch hier stellt sich die Frage: wieso? Man darf die Geschichte nie rückwärts lesen, man muss immer versuchen, sie aus der Zeit heraus zu verstehen.